

KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 26. Juni 2023
Kantonsratspräsidentin Schmutz Judith

P 894 Postulat Keller Irene und Mit. über die Überprüfung der Handhabe und der Vermittlung der politischen Bildung in der Volksschule / Bildungs- und Kulturdepartement

Die Regierung beantragt teilweise Erheblicherklärung.
Bernhard Steiner beantragt Ablehnung.

Irene Keller ist nicht mehr im Rat vertreten. Das Postulat wurde von Gisela Widmer Reichlin übernommen. Gisela Widmer Reichlin hält am Postulat fest.

Gisela Widmer Reichlin: Die Dienststelle Volksschulbildung (DVS) wird im Rahmen des Entwicklungsvorhabens «Schulen für alle» einen Baustein «Politische Bildung» entwickeln und den Schulen zur Verfügung stellen. Richtig erkannt wurde, dass Schulleitungen und Lehrpersonen Hilfsmittel zur Umsetzung des Lehrplans 21 benötigen. Aber eigentlich fehlt ein Monitoring. Wie werden die Ziele des Lehrplans 21 zur politischen Bildung als überfachliche Kompetenz auf den verschiedenen Stufen umgesetzt? Genügt die heutige Umsetzung? Müssten Bausteine als verpflichtende Module eingesetzt werden? Warum werden Weiterbildungsangebote zur Unterstützung der Lehrpersonen an der Pädagogischen Hochschule Luzern (PH Luzern) nicht gebucht? Eine Studie der Universität Bern weist auf eine selektive Partizipation der jungen Erwachsenen hin. Sie bleiben vor allem bei komplexen Vorlagen und solchen, die sie für uninteressant oder irrelevant halten, der Urne fern. Das heisst politische Bildung und schlussendlich demokratische Teilnahme muss stetig erlernt und trainiert und das Wissen rund um politische Prozesse während der ganzen Schulzeit geschaffen werden, es hört nicht einfach beim Benennen der sieben Bundesräte auf. Das Verständnis für politische Vorgänge darf nicht dem Zufall überlassen werden, sondern bedarf einer gezielten Förderung. Planungshilfen sind dabei für interessierte Personen und Lehrpersonen sicherlich wertvoll. Die Frage ist jedoch weiter offen, wie der Kanton die kontinuierliche politische Bildung sicherstellt und nicht dem Zufall respektive schlussendlich politaffinen Lehrpersonen überlässt. Politische Bildung darf nicht Glückssache sein. Interessant wäre zu erfahren, welche Massnahmen der Kanton zur einfachen und jugendgerechten Information und Kommunikation von politischen Inhalten ergreift. Eidgenössische Vorlagen werden auf «easyvote» einfach erklärt. Was passiert auf kantonaler Ebene? Wie wird die politische Bildung weiter sichergestellt? Jungpolitikerinnen und -politiker fordern schon länger die Stärkung der politischen Bildung und der politischen Teilhabe. Dies zeigt auch die Forderung nach dem Stimmrechtsalter 16. Politische Mitwirkung muss verstanden und geübt werden. Deshalb bitte ich Sie, der Erheblicherklärung zuzustimmen. Der Regierungsrat ist aufgefordert zu prüfen, mit welchen verbindlichen Zielen, Grundsätzen und Vorgaben die Schulen arbeiten sollen, unabhängig von einer interkantonalen Überprüfung des Lehrplans 21, welche eventuelle erst 2028 oder später erfolgt.

Bernhard Steiner: Zur Vorbereitung auf dieses Votum und zu meiner eigenen politischen

Meinungsbildung über das vorliegende Postulat habe ich mir die Mühe gemacht zu recherchieren, weshalb plötzlich schweizweit über die mangelnde Stimmbeteiligung der jungen Erwachsenen diskutiert wird. Jahrzehntlang scheint sich ausser den Politologen niemand wirklich dafür interessiert zu haben, wieso die Stimmbeteiligung bei den jungen Erwachsenen dermassen schlecht ist. Dass sich jetzt plötzlich die ganze Breite der Parteien dem Anliegen der politischen Beteiligung gegenüber interessiert zeigt, hat einen klaren Auslöser. Nach der Analyse über die Abstimmung zur Volksinitiative «Gegen Masseneinwanderung» der SVP im Jahr 2014 wurde der Schluss gezogen, dass nur rund 17 Prozent der 18- bis 29-Jährigen an dieser Abstimmung teilgenommen haben, also rund dreimal weniger als in den anderen Altersgruppen. Daraufhin haben die Mitte-links-Parteien die Demokratie als gefährdet angesehen, und es wurden Stimmen laut, dass doch bereits in der Schule dafür gesorgt werden soll, die Kinder als zukünftige Bürgerinnen und Bürger vorzubereiten. Dem wäre grundsätzlich nichts Negatives abzugewinnen, wenn das sachlich und ohne politisch gefärbte Schlagseite erfolgen würde. In der Luzerner Volksschule soll aber gemäss unseren gesetzlichen Grundsätzen politisch und konfessionell neutral unterrichtet werden. Im Lehrplan 21 mit seinen fächerübergreifenden Kompetenzen wird jedoch die politische Bildung der Leitidee der nachhaltigen Entwicklung untergeordnet. Das Problem ist aber, dass nicht jeder das Gleiche unter nachhaltiger Entwicklung versteht. Im Lehrplan 21 werden Ideen präsentiert, die der Sozialist und Pädagoge John Dewey bereits vor über 100 Jahren im Schulalltag einführen wollte. Die Reformpädagogen der 68er-Jahre haben das im Lehrplan 21 wieder aufgewärmt. Statt Kinder zu selbstbewussten und starken Persönlichkeiten zu erziehen, sollen sie ihre eigenen Bedürfnisse immer mehr dem sozialistischen Gesellschaftsbild unterordnen, einer Weltanschauung, die aus Sicht der SVP-Fraktion in der modernen Zeit längstens überholt ist. Wir beantragen deshalb, das Postulat abzulehnen.

Gaudenz Zemp: In China ist trotz der Öffnung zum Westen nichts Demokratisches entstanden. Russland ist längst eine Diktatur, und die USA werden die grösste Mühe haben, nächstes Jahr eine von allen akzeptierte Präsidentschaftswahl durchzuführen. Demokratien und ihre politischen Prozesse stehen also weltweit stark unter Druck. Eine direkte Demokratie kennt ausser uns eigentlich kein anderes Land. Sie ist also ein kostbares Gut, zu dem wir unbedingt Sorge tragen sollten. Die Form von politischer Kultur ist aber nicht einfach gottgegeben, sondern sie muss laufend erneuert und gelehrt werden. Eine direkte Demokratie setzt mündige und engagierte Bürgerinnen und Bürger voraus. Bürgerinnen und Bürger müssen auch akzeptieren, dass die politische Beteiligung nicht einfach ein Recht ist, sondern auch eine Pflicht. Diese muss zuerst gelehrt werden. Darum ist die Integration der politischen Bildung in die Volksschule richtig. Kinder und Jugendliche sollen realisieren, dass von ihnen politische Kenntnisse erwartet werden und sie später ihre Rolle als Stimmberechtigte aktiv wahrnehmen müssen. Dort setzt das vorliegende Postulat an. Dabei geht es nicht darum, in der Volksschule eine politische Prägung zu schaffen. Diese soll sich später jede und jeder durch Erlebnisse und charakterliche Eigenschaften selber erarbeiten. Auf dieser Stufe geht es vielmehr darum, die politische Kultur zu erlernen und zu verstehen, warum sie wichtig ist und welche Rolle darin übernommen werden soll. Diese Kompetenzen sollen nicht fakultativ vermittelt werden, sondern als Pflichtstoff. Die Stellungnahme der Regierung ist zwar ausführlich und zeigt viele Möglichkeiten auf, wo und wie unser direktdemokratisches System im Unterricht eingebracht werden kann. Die Ansätze sind gut, aber sie reichen nicht aus. Deshalb reicht auch die teilweise Erheblicherklärung des Postulats nicht aus. Es braucht die Erheblicherklärung und damit ein unmissverständliches Signal an die Regierung und damit auch an die Volksschule. Politische Bildung soll ein fester Teil der

Volksschule sein. Die FDP-Fraktion stimmt daher der Erheblicherklärung zu.

Rahel Estermann: Ich muss nicht in der Geschichte der 60er-Jahre oder bei der internationalen Politik Gründe suchen, um zu sagen, dass unser grosser Dank Irene Keller gebührt, die das Thema politische Bildung hartnäckig und mit grosser Leidenschaft vertreten und immer wieder auf die verschleppte und halbherzige Umsetzung des Themas an den Schulen hingewiesen hat. Sie hat damit einen wichtigen Nerv getroffen, das zeigt auch die breite Mitunterzeichnung diverser Parteien. Die politische Bildung ist ein wunder Punkt, weil sie an den Schulen weiterhin zu wenig verbindlich umgesetzt wird. Es gibt zwar viele Vorgaben, Empfehlungen und Hilfestellungen, wie in der Stellungnahme der Regierung aufgeführt. Wir wissen auch, dass viele Lehrpersonen das Thema engagiert umsetzen. Es gibt aber auch andere Lehrpersonen, und deshalb ist die im Postulat geforderte Verbindlichkeit so wichtig. Noch immer scheint es möglich, dass Lehrpersonen diese Vorgaben relativ frei interpretieren und die politische Bildung etwas nachlässig umsetzen, sodass Jugendliche am Schluss der Schule konstatieren müssen, dass sie sich mit solchen Inhalten sehr wenig auseinandergesetzt und wenig gelernt haben, ihr eigenes Handeln zu reflektieren und einzubringen. Wir wissen nicht, wo diese Unterschiede sind, und auch ein Monitoring fehlt. Deshalb stimmt die Grüne Fraktion der Erheblicherklärung zu. Zum Schluss möchte ich darauf hinweisen, dass im Mai die Volksinitiative für das Stimmrechtsalter 16 eingereicht wurde. Ich freue mich sehr darüber, dass wir diese Initiative beraten werden. Ein wichtiger Faktor, damit die politische Bildung an den Schulen auch zu einer höheren Partizipation bei der Demokratie führt, ist, dass man diese als Schülerin oder Schüler direkt umsetzen kann. Heute gibt es eine Lücke zwischen dem Volksschulabschluss und den politischen Rechten. Ich bin überzeugt: Wenn wir den Weg von der Bildung zur Urne verkürzen, gehen weniger junge Menschen verloren. Ich bitte Sie, der Erheblicherklärung zuzustimmen.

Gabriela Schnider-Schnider: Es stimmt einen schon etwas nachdenklich, dass anscheinend rund zwei Drittel der 18- bis 24-jährigen Schweizerinnen und Schweizer nicht an die Urne gehen. Es spricht auch nicht für die politische Diskussion und die Herabsetzung des Stimm- und Wahlrechtsalters auf 16 Jahre. Dabei wäre es doch ein so grosses Privileg, wenn man nach Eintreten der Mündigkeit auch sein neues Recht so rasch wie möglich ausprobieren würde. Nur, wie macht man das genau? Fehlt es an der Vorbereitung der Jugendlichen, dass sie sich gar nicht zutrauen mitzureden? Nebst der Unterstützung aus dem Elternhaus ist es wichtig und zeitgemäss, dass die Kinder und Jugendlichen auch in der Schule ihrem Alter entsprechend ihre Rechte und die politischen Prozesse einer direkten Demokratie kennenlernen. Die Mitte-Fraktion begrüsst daher die Vielfalt der schulischen Vermittlungsmöglichkeiten, die auf den verschiedenen Schulstufen bereits angewandt werden. Die Beispiele zeigen auf, in welcher Form und wo die politische Bildung in der Volksschule innerhalb des Lehrplans 21 im ersten und zweiten Zyklus ihren Platz haben und wie sie im dritten Zyklus erweitert und vertieft wird. Auch die Unterstützungs- und Weiterbildungsangebote für die Schulen und Lehrpersonen werden von uns begrüsst. Umso mehr bedauern wir es, dass das Angebot an der PH Luzern, für einen entsprechenden Transferkurs zum Thema politische Bildung einfachen Methoden fächerübergreifend umzusetzen, ausgerechnet mangels Teilnehmenden nicht sattfinden konnte. Diesbezüglich besteht Handlungsbedarf. Dass die Regierung aktuell von einem eigenständigen Fach für politische Bildung absieht, unter anderem mangels Ressourcen, ist für uns nachvollziehbar. Wir teilen aber auch die Erwartung für eine korrekte Umsetzung der Vorgaben innerhalb des Lehrplans 21, und das unter der Oberaufsicht der Schulleitungen. Die Mitte-Fraktion geht mit der Regierung einig, dass nicht nur die Qualität der politischen Bildung während des Unterrichts, sondern auch andere Aspekte wie beispielsweise gut verständliche

Abstimmungsunterlagen wichtig sind, damit junge Menschen dazu bewegt werden können, am politischen Leben teilzunehmen. Wir begrüßen die Entwicklung eines Unterrichtsbausteins «Politische Bildung» im Rahmen der Schulentwicklung 2035 und hoffen auf eine möglichst rasche und für alle Unterrichtsverantwortlichen verbindliche Umsetzung. Die Mitte-Fraktion stimmt daher der teilweisen Erheblicherklärung zu.

Simon Howald: Ich halte das Votum im Namen von Angelina Spörri. In einem Land mit einer direkten Demokratie leben zu dürfen, ist ein Privileg. Die teilweise tiefe Stimmbeteiligung muss uns deshalb nachdenklich stimmen. Das demokratische Staatssystem zu verstehen, das Argumentieren und Aushandeln, das Debattieren und Kompromisse Suchen – das alles muss gelernt sein. Die politische Bildung ist im Lehrplan 21 im überfachlichen Bereich angesiedelt und sehr stark von der Gewichtung durch die Lehrpersonen abhängig. Dem wollte man mit einem Postulat mit der Forderung nach einem separaten Fach «Politische Bildung» entgegenwirken. Dieses separate Fach gibt es aber nicht, dafür neue Unterrichtseinheiten und Themendossiers. Ein Teil davon ist neu Pflichtstoff, und den Lehrpersonen stehen entsprechende Weiterbildungsmöglichkeiten zur Verfügung. Ab jetzt liegt die Verantwortung laut Regierungsrat wieder bei den Schulleitungen, und sie will das Postulat teilweise erheblich erklären. Das ist aus Sicht der GLP-Fraktion zu wenig. Wir wollen sicher sein, dass die verschiedenen Unterrichtseinheiten auch wirklich unterrichtet werden und nicht nach einer gewissen Zeit in einer Schublade vergessen gehen. Es braucht weiterhin und auch langfristig ein Controlling, wie die politische Bildung den Weg zu den Schülerinnen und Schülern finden kann. Die GLP-Fraktion stimmt der Erheblicherklärung zu.

Samuel Zbinden: Ich begrüße die breite Unterstützung und die entsprechenden Voten für das Postulat und generell für die politische Bildung sehr. Oft wurde das Bedauern über die tiefe Stimmbeteiligung der jungen Menschen genannt, deshalb möchte ich meine Sicht einbringen, da ich selber dieser Altersgruppe angehöre. Politische Bildung ist ein Anliegen, um die Stimmbeteiligung und die politische Partizipation von jungen Menschen zu stärken. Wenn wir es aber mit der politischen Partizipation von jungen Menschen wirklich ernst meinen, braucht es einen Strauss an Massnahmen. Das habe ich in den letzten Jahren selber immer wieder bemerkt. Vieler meiner gleichaltrigen Kolleginnen und Kollegen geht es ähnlich. Die klassische, institutionelle Politik ist in vielen Fällen nicht auf junge Menschen zugeschnitten. Als junger Mensch hört man immer wieder, dass es toll ist, wenn man sich engagiert. Wenn es aber konkret werden soll, hapert es noch, sei es bei der Erteilung des Stimmrechts oder der Stärkung des Jugendparlaments. Deshalb braucht es mehr Massnahmen als nur die politische Bildung.

Für den Regierungsrat spricht Bildungs- und Kulturdirektor Marcel Schwerzmann.

Marcel Schwerzmann: Politische Bildung ist etwas Wichtiges, darüber sind wir uns einig. Wahrscheinlich sind alle im Saal Anwesenden doch überdurchschnittlich an Politik interessiert. Man darf nicht einfach davon ausgehen, dass sich die ganze Bevölkerung interessiert oder interessieren muss, auch wenn das schön wäre. Es erscheint mir sehr wichtig, in der Schule politische Bildung zu betreiben. Im Lehrplan 21 gibt es Kompetenzen, und das Thema ist in verschiedenen Fächergruppen eingebettet. Ich bin froh, dass wir neben der Projektwoche Mathematik nicht schon wieder über die Einführung einer Projektwoche diskutieren. Wir haben 43 000 Volksschülerinnen und -schüler und ungefähr 6500 Lehrpersonen. Das Bildungs- und Kulturdepartement (BKD) kann nicht schon wieder alle beaufsichtigen, nachdem es schon alle Hochschulen bis ins Detail beaufsichtigen müsste. Das geht nicht. In der Bildung gib es eine Ordnung, und hier geht es um ein Thema der Schulleitungen. Es erscheint richtig und wichtig und ist effizient, dass wir die Schulleitungen mit elektronischen Mitteln oder Unterlagen unterstützen. Aber letztlich kann jede Lehrperson

das Material abändern, wenn sie das möchte. Zudem soll ein Monitoring erfolgen. Das kann aber nicht vom BKD übernommen werden. Wir können nicht alle Lehrpersonen anschreiben und fragen, was sie in welchem Fach gemacht haben, sonst gibt es sicher einen Vorstoss über den administrativen Aufwand. Die Schulleitungen sind für die Lehrpersonen verantwortlich und müssen überprüfen, ob dem Genüge getan wird. Das muss nicht im Einzelfall für jede Lektion erfolgen, sondern es reicht, wenn man für das Thema sensibilisiert ist und mit den Lehrpersonen in Kontakt steht, die das verantworten und den Unterricht in den entsprechenden Fächergruppen erteilen. Wir hatten letzte Woche hier im Rat Besuch von zwei Schulklassen, das ist doch ein sehr gutes Beispiel. Zu meiner Zeit am Gymnasium wurde der Klassenchef einfach bestimmt. Denjenigen, der nicht aufs Pult oder zum Fenster hinausgeschaut hat, hat es getroffen. Ich war übrigens 6,5 Jahre Klassenchef und habe offensichtlich im falschen Moment nicht auf mein Pult geschaut. Heute finden für dieses Amt Wahlen statt. Das sind die kleinen Dinge, die es braucht. Dafür sind die Lehrpersonen verantwortlich, vertrauen Sie ihnen und den Schulleitungen. Wir sind dafür besorgt, dass ihnen entsprechendes Material zur Verfügung gestellt wird. Die Regierung beantragt, der teilweisen Erheblicherklärung zuzustimmen.

In einer Eventualabstimmung zieht der Rat die Erheblicherklärung der teilweisen Erheblicherklärung mit 55 zu 52 Stimmen vor. In der definitiven Abstimmung erklärt der Rat das Postulat mit 66 zu 41 Stimmen erheblich.